

Tobias Baur

Mikro-Engagement unter der Lupe.

Notizen zum Workshop der AG „Engagement und soziale Gerechtigkeit“

Einleitung

Sozialräumliche Bezüge des bürgerschaftlichen Engagements finden zunehmend Beachtung. Auch der Zweite Engagementbericht¹ mit dem Themenschwerpunkt der lokalen Entwicklung durch Engagement widmet dem informellen Engagement im Sozialraum große Aufmerksamkeit. Die dort festgestellte enorme Vielfalt des informellen, selbstorganisierten Engagements ergibt sich je nach den lokalen Voraussetzungen sowie den unterschiedlichen Engagementkulturen vor Ort.

Rund 40 Teilnehmende, darunter etliche Akteure des quartiersbezogenen Engagements und der Gemeinwesenarbeit trafen sich am 5. März 2018 zu einem Fachworkshop der AG „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ des BBE mit dem Titel: „Unterm Radar – Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt“. Der Begriff „Mikro-Engagement“ ist nicht abwertend zu verstehen, sondern bezeichnet informelle Initiativen von einzelnen Engagierten oder von ephemeren Gruppen im lokalen Sozialraum.

Entwicklung der Fragestellungen

Die AG zum Themenfeld „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ des BBE konstituierte sich 2016 aufgrund von Themen-Anregungen aus einer Mitgliederbefragung wie: Ungleichheit, Armut, Monetarisierung oder engagement-„ferne“ Zielgruppen. Solche Fragen einer ungleichen Teilhabe am Engagement erschienen manchen bis dahin etwas vernachlässigt, eben: „unterm Radar“. Zudem stellt sich die Frage nach dem Engagementpotenzial bislang weniger engagierter Gruppen. Die AG behandelte zunächst verschiedene Dimensionen der Armut und deren Bezüge zum Engagement. Themen waren die regionale Verteilung von Armut sowie Determinanten der Ungleichheit nach dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands: Nach dem Mikrozensus (2014) sind drei Gruppen besonders von Armut betroffen: Erwerbslose (57,6 %), Alleinerziehende (41,9 %) sowie Menschen mit niedrigem oder ohne Bildungsabschluss (ca. 30-40 %). Armut meint dabei nicht nur ein geringes Einkommen, sondern auch die Armut an Chancen auf Bildung, Gesundheit sowie fehlende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auch am bürgerschaftlichen Engagement. Auch die Engagement-

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2017

Berichterstattung zeigt, dass sich sozial benachteiligte Menschen relativ wenig engagieren. Zum Selbstverständnis und als Arbeitsauftrag der AG wurden folgende Leitfragen formuliert:

- Inwiefern wird bürgerschaftliches Engagement durch soziale Ungleichheit erschwert?
- Inwiefern leistet bürgerschaftliches Engagement einen Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit?

Stille Engagierte und das Quartier als „Black-Box“

Die sozialräumliche Perspektive der Engagementförderung öffnete die Referentin Johanna Klatt (LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen), u.a. basierend auf ihrer Studie: „Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement“². Demnach gebe es in sozialen Brennpunkten durchaus viel Engagement, dieses sei aber oft nicht sichtbar. Eine Typologisierung der Anwohner in einzelne Gruppen zeigt u.a. die „Viertelgestalter“, die über ein besonderes Selbstwirksamkeitsempfinden verfügen und oft große Bedeutung für das lokale Geschehen haben. Ihr Engagement ist jedoch außerhalb des Quartiers wenig sichtbar: Sie werten ihr Tun oft nicht als Engagement und suchen keinen Kontakt zur Öffentlichkeit oder zu Institutionen. Somit ist es schwierig, diese „Stillen“ in den benachteiligten Stadtteilen zu erreichen. Ihr Engagement ist aber für soziale Fortschritte in der „Black-Box Quartier“ (Johanna Klatt) unverzichtbar. Die AG diskutierte hierzu u.a. folgende Empfehlungen:

- Stärkung der inklusiven Gemeinwesenarbeit, Förderung von zielgruppenspezifischen Angeboten unter Beteiligung des lokalen Umfelds sowie die Schaffung ausreichender Ressourcen für sozial benachteiligte, potenziell engagierte Menschen im Quartier.
- Sensibilisieren für die exklusiven Wirkungen von Engagement und Ermöglichen von mehr inklusivem Engagement.
- Umdenken in der Kommunikation: Verständliche Sprache anstatt „Engagement-Sprech“. Weniger „Urkunden-Engagement“, mehr Befähigung der Engagierten.

Inhaltliche Beiträge zum Workshop

Der Workshop sollte weitere Erkenntnisse und Praxishinweise für die Stärkung des lokal-räumlichen Engagements erbringen. Die Methodik und einzelne Fragestellungen des Workshops wurden zusammen mit haupt- und ehrenamtlich Aktiven in Berliner Sozialräumen entwickelt. Die thematische Eingrenzung auf großstädtische Quartiere macht eine Übernahme der Ergebnisse auf kleinstädtische oder ländlich geprägte Räume nur bedingt möglich.

Eine Einführung des BBE-Geschäftsführers PD Dr. Ansgar Klein bot u.a. eine Einordnung von Bezügen des quartiersbezogenen Engagements im Verhältnis zu sozialen Bewegungen sowie

² Klatt, Johanna; Walter, Franz unter Mitarbeit von Bebnowski, David; D’Antonio, Oliver; Kroll Ivonne; Lühmann, Michael; Steiner, Felix M.; Woltering, Christian, Bielefeld 2011 (Link: <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2012/09/entbbgm.pdf>)

zu lokalen Institutionen und im Vergleich zur Privatheit. Daraus entwickelte der Inputgeber verschiedene theoretische und engagementpolitische Schlussfolgerungen.

Beitrag von PD Dr. Ansgar Klein unter:

<http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2018/04/newsletter-07-klein.pdf>

Anschließend referierte Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal, DESI-Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration) zum Thema: „Engagement im Quartier – Tendenzen und Herausforderungen“. Der Vortragende erläuterte Erscheinungsformen des Engagements in sozialen Brennpunkten anhand von Fallbeispielen.

Beitrag von Prof. Dr. Roland Roth unter:

<http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2018/04/newsletter-07-roth.pdf>

Aus den referierten Untersuchungen leitete Roland Roth Hinweise für die Engagement-Praxis ab: Menschen mit geringen Ressourcen sind von Helfern bzw. einem Unterstützerfeld abhängig; daher müssten entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen oder gefördert werden. In methodischer Hinsicht vermisst er Studien zu Engagementquoten der Armen, die bislang nicht ausreichend erhoben werden. Sozialpolitisch zu fordern sei eine Politik für Vielfalt, die sich stärker auf die Solidarität im Nahbereich konzentriere. In jedem Einzelfall müsse der lokale Sozialraum genau betrachtet werden: Wer hilft wem? Sind die Strukturen vor Ort geschlossen oder offen für andere? Insgesamt sieht der Referent im Sozialraum „... enorme Ressourcen für Vielfalt“. Hierbei seien weitere Differenzierungen sinnvoll: Beispielsweise könnte gerade die Zuwanderung als Katalysator für die Veränderung von Einstellungen fungieren, auch im Positiven. Zu bedenken seien allerdings auch negative Entwicklungen, die in der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ (Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, 2002-2011) über Wechselwirkungen zwischen sozialen und ökonomischen Verhältnissen sowie der Entstehung von gruppenbezogenen Vorurteilen gegenüber Minderheiten beschrieben wurden. Abschließend gab Roland Roth folgende Empfehlungen:

- Engagement stets im Zusammenhang mit Armutslagen und Ausgrenzung wahrzunehmen bzw. sichtbar zu machen und erträglicher zu gestalten.
- Jede In-Dienstnahme des Engagements kritisch wahrzunehmen. Das Beispiel der Tafeln könnte, kritisch betrachtet, als Beitrag einer Versorgungskultur „auf Almosenbasis“ gesehen werden. Zu fordern sei aber nicht die Schließung der Tafeln, sondern ein Weiterdenken: Was können Tafeln leisten, was nicht? Es komme darauf an, neue Solidaritäten zu erproben und (sozial-) politische Konfliktlinien zu beachten anstatt Engagement lediglich zu „zählen“.
- Der Streit um eine inklusive Sozialpolitik im weiteren Sinn sei auf der Tagesordnung. Derzeit bestehe eine größere Offenheit, über die Armutsbekämpfung sowie über das Engagement ausgegrenzter Gruppen zu reden.

Die anschließende Diskussion erbrachte folgende Beiträge:

- Die tradierte Mittelstandsorientierung des Engagements müsse überwunden werden. Hierzu könnten Engagement-Angebote für von Armut Betroffene (sowie für Vermögende!) beitragen. Der im neuen Armut- und Reichtumsbericht angegebene Bevölkerungsanteil von rund 15 % armer und armutsgefährdeter Menschen sei wegen einer systematischen Untererfassung Armer (u.a. wg. Haushaltsbefragungen) deutlich höher einzuschätzen.
- Da engagiertes, soziales Handeln im Quartier von außen kaum sichtbar sei, zeigten sich die Potenziale der Gemeinwesenarbeit in zweierlei Hinsicht: Sowohl bei der Suche nach Engagement im Kiez (Stadtquartier) als auch bei der partizipativen Entwicklung von Unterstützungsformen.
- Zu beachten seien beim Quartiersbezug auch die „digitalen Nachbarschaften“ auch vor dem Hintergrund rechtspopulistischer Publikationen. Dies erfordere u.a. eine zielgruppenspezifische Aufbereitung von Informationen zum Engagement.
- Hinweis zur aktuellen Renaissance der Debatte zur „Sozialen Frage“. Hierzu zähle der Ausbau der Sozialen Bürgerrechte, auch als Bedingung für bürgerschaftliches Engagement. Hierzu gehörten Themen wie: Bildungspolitik, Sozialpolitik und neue Beschäftigungsformen.
- Hinweis zu neuen Handlungsfeldern, wie die Mietenbewegung, die neue Kultur des Teilens, wie „Food-Sharing“ oder Mischformen zwischen Produktion und Konsum, den „Prosumenten“.
- Wünschenswert seien aktuelle Erkenntnisse zum Wandel der Formen und Formate der Gruppen und Milieus in den Quartieren. Beispielsweise geraten Willkommensinitiativen und engagierte Geflüchtete mitunter in Konkurrenz zu den tradierten Ehrenamtsstrukturen im Quartier.
- Bezogen auf psychisch erkrankte Menschen wurde angemerkt, dass deren freiwilliges Engagement nach Aussagen Betroffener oft weniger an der individuellen Einschränkung, als am fehlenden Geld scheitere.

Schlussbemerkungen Roland Roth:

Die erforderlichen Rahmenbedingungen und die Finanzierung für lokale Initiativen seien vor allem eine Frage der politischen Durchsetzung; dies könnte eine stärkere Politisierung der Engagierten leisten. Anstelle abstrakter Forderungen sollten konkrete Alternativen eingefordert werden, wie z.B. die Möglichkeit, Budgets oder Fonds einzurichten, wie beispielsweise die selbstverwalteten Schulbudgets in den USA. Wesentlich sei das Motiv der Inklusion; als Beispiel nennt Roland Roth das Betreiben von Unterkünften für Geflüchtete durch Migrantenorganisationen. Mit Blick auf die Engagementpolitik empfiehlt er, anstelle eines quantita-

tiven „Mehr“ an bürgerschaftlichem Engagement besser auf Solidaritätspotenziale sowie die integrative Wirkung des bürgerschaftlichen Engagements zu setzen.

Praxisbeispiele

Nachmittags wurde die Tagung mit zwei praxisbezogenen Inputs fortgesetzt, anschließend erfolgte eine Gruppenphase mit drei Thementischen zur Erarbeitung von Anregungen und Hinweisen für die Praxis der Engagementförderung im Quartier:

Erstes Praxisbeispiel: GEKKO Stadtteilarbeit

Referentin: Bahar Sanli, GEKKO Stadtteilarbeit im Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.

Seit 2000 engagiert sich das Nachbarschaftshaus Urbanstraße mit der Initiative GEKKO (Gemeinwesen, Entwicklung, Kooperation, Kommunikation, Organisation) in einem gründerzeitlichen Altbaugebiet. Handlungsleitend ist das Motiv, kleine Gruppen in den Kiezen (Quartieren) zu initiieren. Die Nachbarschaft wird als Diskursraum verstanden, der potenziell zu einer Solidarisierung beiträgt und lebensweltliches Expertenwissen der Anwohnenden einbindet. Die Motivation zu GEKKO ergab sich auch durch die Gentrifizierung des Quartiers mit der Verdrängung von Mietern und selbstorganisierten Initiativen. Im Vordergrund steht die Stärkung der lokalen Demokratie und der sozialen Bürgerrechte. Bahar Sanli erläuterte dies anhand von drei Projektbeispielen:

1. Aktivengruppe „barrierefreie Nachbarschaft“ (seit 2012)

Die Kerngruppe bilden ca. 10 Menschen mit Behinderung sowie weitere Nachbarn: „Nicht wie viele aktiv sind, entscheidet darüber, ob wir gehört werden, sondern wie laut wir sind und wer uns dabei unterstützt“ (eine Anwohnerin).

Beispiele zum Vorgehen:

- Eine „Aufräum-Aktion“ gemeinsam mit Menschen mit Mobilitätseinschränkung. Das gemeinsame Tun erleichtert das gegenseitige Kennenlernen der Engagierten im benachbarten Sozialraum.
- „Kiezspaziergang“ als partizipative Methode zur Entdeckung von Barrieren im Alltag. Bei Stufen im Eingangsbereich von Ladengeschäften wurden z. B. die Gewerbetreibenden zum Gespräch nach draußen gebeten und die Installation einer Rampe angeregt. Wegen Zugangsbarrieren im Eingangsbereich einer Bank wurde nach erfolglosen Beschwerden einer Rollstuhlnutzerin öffentlicher Protest organisiert, der zum Erfolg führte.
- Mit weiteren „Kiezbegehungen“ wird die Beratung durch Menschen mit Behinderung und Anwohnern fortgesetzt, nun auch mit Beteiligung des Baustadtrats und des Tiefbauamtsleiters. Die gesammelten Vorschläge werden an den Beirat für Menschen mit Behinderung weitergeleitet. Es erfolgt eine wissenschaftliche Begleitung in Kooperation mit zwei Hochschulen.

2. Nachbarschaft als Diskurs-Raum mit Solidarisierungspotential

Schaffung von Diskurs-Räumen in Nachbarschaften, in denen marginalisierte Gruppen ihr lebensweltliches Expertenwissen einbringen können. Für Betroffene wurden verschiedene Veranstaltungsformate (z. B. Diskussion, Lesung, Cafégespräch) angeboten zu Themen wie Antirassismus, Antidiskriminierung, Armut und Wohnungsnot. Die Diskursräume werden von der inhaltlichen Konzeption bis zur Veranstaltung partizipativ entwickelt.

3. Bündnis „Wahlrecht für Alle“

Dieses Bündnis setzt sich für die Wahlberechtigung aller Berliner Bürgerinnen und Bürger ein. Viele Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind von der demokratischen Willensäußerung durch Wahlen, Bürgerentscheid oder Volkentscheid ausgeschlossen. Durchgeführt wurden u.a. symbolische Wahlen sowie Demonstrationen für eine Ausweitung der Stimmberechtigung.

Beiträge aus der Diskussion zum Input von Bahar Sanli:

- Anregung zur Kartographie als Methode, z. B. über die Initiative „Sozialhelden“ und deren internetbasierter Karte „wheelmap.org“ zu Barrieren im öffentlichen Raum.
- Beispiel einer Berliner Seniorengenossenschaft, die Aktionen zur Rückeroberung des öffentlichen Raums durchführt. Die gemeinsame Auswertung solcher Aktivitäten wird an die Kommunalpolitik weitergeleitet.
- Hervorhebung des Vorbildcharakters der geschilderten Initiativen, auch für die einfache Übernahme sowie gute Verbreitung vor Ort („Schneeballeffekt“).
- Zur Frage nach praktischen Tipps für die Startphase einer lokalen Initiative empfiehlt Bahar Sanli: „Mit den Leuten reden!“

Zweites Praxisbeispiel: Fördermöglichkeiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referentin: Heike Thöne, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin

Präsentation von Heike Thöne unter: <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2018/04/newsletter-07-ppt-thoene.pdf>

Heike Thöne erläuterte den Aufgabenbereich der Quartiersentwicklung aus der Perspektive der Stadtentwicklung. Der hohe Stellenwert der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ergibt sich auch aus deren Regelung als Querschnittsaufgabe aller Senatsverwaltungen durch die Berliner Koalitionsvereinbarung von 2016. Die Umsetzung dieser Aufgabenbereiche konkretisierte Heike Thöne anhand von drei Berliner Förderprogrammen:

- Soziale Stadt, Quartiersmanagement in Berlin

Ziele des Quartiersmanagements (QM) sind die Stabilisierung von Nachbarschaften, die Förderung der Integration sowie die Verbesserung der Lebenschancen im Quartier. Arbeitsschwerpunkte dieses Programms sind die Bildung sozial stabilisierender Netzwerke, die Stärkung der Infrastrukturstandorte sowie die Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern für ihr Quartier. Ein Mittel sind Aktionsfonds für Bewohner und Akteure in den QM-Gebieten. Gefördert werden z.B. Sachmittel für Feste oder Begrünungsaktionen; die Förder-summe beträgt je Projekt bis 1.500 Euro und je Quartier bis 10.000 Euro jährlich. Anschließend erläuterte die Inputgeberin das Förderverfahren vom Ideenaufwurf durch das QM bis zum Abschluss einer Fördervereinbarung.

- BENN – Berlin entwickelt neue Nachbarschaften (seit 2016)

BENN ist ein Berliner Programm zum Aufbau und zur Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement von, für und mit Menschen mit Fluchterfahrung im räumlichen Umfeld großer Unterkünfte für Geflüchtete (20 Standorte). Weitere Ziele von BENN sind die Stärkung des Zusammenhalts in der Nachbarschaft, die Vernetzung und Unterstützung von Kooperationen sowie die Unterstützung von Formen der Selbstbefähigung und der gesellschaftlichen Teilhabe aller Beteiligten.

- FEIN – Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften

FEIN bezweckt die Stärkung des Engagements und der Aktivitäten der Bürger vor Ort über die Vernetzung und Stabilisierung des Wohnumfeldes. Sie sollen dazu angeregt werden, sich selbst an der Gestaltung der sozialen Rahmenbedingungen im Quartier zu beteiligen. Dies erfolgt über die Zuwendung von bis 3.500 Euro für kleinere Initiativen von Bürgern zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur vor Ort. Neben Bewohnern sind auch nicht gewinnorientierte Initiativen antragsberechtigt.

Beiträge aus der Diskussion zum Input von Heike Thöne:

Diskutiert wurden geeignete Strategien einer Begleitung der Engagementförderung durch das Internet, auch über das unmittelbare Wohnumfeld hinaus. Weiter thematisiert wurde die Engagementförderung von, für und mit Geflüchteten im sozialräumlichen Umfeld der Unterkünfte.

Die Frage, wie bereits bestehende Initiativen vor Ort einbezogen werden, beantwortet Heike Thöne am Beispiel von BENN. Die ersten 5 Monate nach Projektbeginn dienen der Erstellung eines Aktionsplans und eines Beteiligungskonzepts. Die Vernetzung mit anderen Programmen ist dabei ausdrücklich beabsichtigt. Eine laufende Evaluation erfolgt durch eine Fachkonferenz unter Beteiligung des Bezirks (Kommune). Zudem erfolgt eine wissenschaftliche Projektbegleitung.

Abschluss: Gruppenarbeit an Thementischen

Die abschließende Phase des Workshops bestand aus der Gruppenarbeit an drei Thementischen. Hierbei wurden Anregungen und Praxishinweise zu folgenden Themen entwickelt:

1. *Engagement entdecken*: Instrumente, um das Engagement sichtbar zu machen
2. *Engagement initiieren*: Instrumente, um Beteiligung zu schaffen
3. *Engagement fördern*: Instrumente, um Engagement zu fördern

Die erarbeiteten Stichpunkte wurden dokumentiert und werden in der AG weiter behandelt. Geplant ist unter anderem die Entwicklung eines Arbeitspapiers für die Förderung des sozial-raumbezogenen Engagements.

Hinweis

*Die nächsten Treffen der AG zum Themenfeld „Engagement und Soziale Gerechtigkeit“ sind am **Mittwoch, 13.06.2018** sowie am **Montag, 03.09.2018** (voraussichtlich jeweils 10:30-16:00 Uhr in der BBE-Geschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin). Interessierte können sich anmelden über die Adresse: info@b-b-e.de*

Autor

***Tobias Baur** arbeitet als Verwaltungswissenschaftler u.a. im Bereich der Behinderten- und Altenhilfe sowie als selbständiger Organisationsberater. Freiwillig engagiert ist er als Vorstandsmitglied der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union e.V. und im Sprecherrat des Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin. Er ist Sprecher der AG des BBE zum Themenfeld „Engagement und Soziale Gerechtigkeit“.*

Kontakt: baur@humanistische-union.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de